

die allersensibelsten Bereiche staatlicher Macht handelte, wie die Außen- oder die Sicherheitspolitik. So ließen sich nationale Widerstände gegen eine europäische Lösung verringern.

Zugleich sollte man den Idealismus des Vorschlags nicht überschätzen. Die französische Regierung rang sich zu diesem erst durch, als alle anderen Ansätze, Deutschland politisch einzudämmen, gescheitert waren. In geostrategische Motive mischten sich wirtschaftliche Interessen: Die bisher verfolgten Projekte zur Modernisierung der französischen Industrie hatten sich nicht als durchschlagend erwiesen; weitere, strukturelle Probleme des Sektors kamen hinzu. Durch Integration sollte die deutlich stärkere westdeutsche Ökonomie in zwei Schlüsselsektoren eingehegt werden, bevor diese ihre Potentiale voll entfalten und der damals nur eingeschränkt souveränen Bundesrepublik zu einer neuen Machtposition verhelfen würden.

Der letzte Anstoß für Schumans Rede erklärt sich aus der Haltung Großbritanniens und der USA: Frankreichs Partner als westliche Siegermächte des Zweiten Weltkriegs beabsichtigten, die für die Bundesrepublik geltende Begrenzung der Stahlproduktion auf 11,1 Millionen Tonnen pro Jahr aufzuheben. Bereits am 10. Mai 1950 – am Tag nach Schumans Rede – sollte darüber befunden werden. Angesichts des sich zuspitzenden Ost-West-Konflikts, der wenige Wochen später zum Koreakrieg führen sollte, setzten London und Washington auf Aufrüstung, selbst um den Preis eines wiedererstarkten Deutschlands. Dies hätte Frankreich deutlich geschwächt. All diese Gründe motivierten Schuman in der zugespitzten Lage zu der Erklärung. Deren Entwurf ging übrigens auf Jean Monnet zurück, der sich bald zur grauen Eminenz des europäischen Einigungsprozesses entwickeln sollte. Sicherlich, es ging Schuman und Monnet um die Vermeidung von Krieg, vor allem eines erneuten Kriegs mit Deutschland. Integration bildete jedoch auch ein ebenso attraktives wie innovatives Instrument, um in der werdenden Nachkriegsordnung die französische Vormachtstellung in Westeuropa zu sichern. Visionär am Schuman-Plan war gerade die Orientierung am Machbaren. Als geradezu genial kann die Verknüpfung von nationalen Interessen mit europapolitischen Zielen gelten.

Schumans Rede, mit dem die heutige EU ihren Ausgangspunkt fand, dauerte nur gut fünf Minuten. Fünf Minuten, die die Geschichte des Kontinents für immer verändern sollten. Aber das war 1950 keineswegs klar.

## II. Im Windschatten: 1950–1969

### 1. Neuanlauf mit Umwegen

Lediglich elf Monate nach Schumans Erklärung unterzeichneten die Regierungen der drei Benelux-Staaten, Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik im April 1951 den Pariser Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), besser bekannt als Montanunion. Wenn sich dieser kleinwesteuropäische Zusammenschluss von lediglich sechs Staaten mit dem Adjektiv «europäisch» schmückte, sprach dies für ein gehöriges Maß an Selbstbewusstsein. Keine der zuvor geschaffenen Organisationen wurde seinetwegen aufgelöst; vielmehr gleichen UNECE, OEEC, Europarat, WEU und Montanunion russischen Matrjoschka-Puppen, von denen die Montanunion als Vorläuferin der heutigen EU die kleinste und jüngste war, ganz nach dem Motto: «klein, aber fein». Wie weit man damit kommen würde, musste sich erst zeigen.

Die Montanunion von 1951 trat mit großem Anspruch auf. Um für übergreifende Ziele, wie die Schaffung von Frieden und Wohlstand, eine wirkliche Rolle zu spielen, blieb ihr Wirkungsbereich allerdings zu eng begrenzt. Wichtiger noch: Binnen kurzem wurde sie in wichtigen Fragen funktionsunfähig. Laut Vertrag strebte sie an, Zollbarrieren und andere Handelshemmnisse zu beseitigen und einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl zu schaffen. Durch eine 1958 einsetzende Kohlekrise geriet die EGKS jedoch wenige Jahre nach ihrer Gründung auf schwieriges Terrain. Auf eine veränderte Produktionssituation bei dem Energieträger und damit verbundene Herausforderungen reagierten die Mitgliedstaaten unilateral. Die Bundesrepublik etwa

verhängte einen Importstopp, was dem Geist des Vertrags widersprach, tendenziell auch seinem Wortlaut. Andere Mitgliedstaaten, wie die Niederlande und Italien, piffen auf die vereinbarte Gemeinschaftspräferenz und kauften ihre Kohle lieber billiger in den USA als in den anderen Montanunion-Staaten. Von jener «Solidarität der Tat», die Schuman 1950 beschworen hatte, war nichts zu spüren. Veränderungen in den globalen Märkten und der internationalen politischen Situation stachen das Regelwerk der EGKS aus – eine Dynamik, die sich im Einigungsprozess noch viele Male wiederholen sollte.

Dabei war die Montanunion keineswegs untätig. In der Kohlekrise wurde viel verhandelt, aber wenig erreicht. Wie so häufig im Einigungsprozess wich die EGKS auf andere Felder aus, in denen sie mittelfristig Wichtiges leistete, etwa im sozialen Wohnungsbau oder der Forschungspolitik. Dennoch: Viel Staat ließ sich mit diesem Europa nicht machen; vielmehr blieb es hinter den Erwartungen deutlich zurück.

Das ist jedoch nur die halbe Geschichte. Denn bereits bevor die Montanunion überhaupt das Licht der Welt erblickte, begannen ihre Mitgliedstaaten über nächste Schritte nachzudenken. Keine Woche nach dem Auftakt der offiziellen Regierungsverhandlungen über ihre Gründung überschritten am 25. Juni 1950 nordkoreanische Truppen die Grenze nach Süden. Der Koreakrieg, einer der größten militärischen Konflikte im Kalten Krieg, katapultierte die Option einer deutschen Wiederbewaffnung an die Spitze der politischen Tagesordnung. Die französische Regierung, die sich diesem Gedanken bisher verschlossen hatte, beugte sich nun amerikanischem Druck, ersann aber zugleich einen Weg, der politisch akzeptabler erschien als die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte unter Bonner Kommando. Aufbauend auf Ideen Jean Monnets schlug Ministerpräsident René Plevin im Oktober 1950 die Schaffung einer europäischen Armee vor, angelehnt an das organisatorische Modell der EGKS. Da sich neben Bonn auch die Benelux-Staaten und Italien dem Vorstoß anschlossen, bewegte sich der Sechserbund der Montanunion mit hohem Tempo in Richtung weitgehender Integration in einem zentralen Bereich staatlicher Souveränität.

Nach komplizierten Verhandlungen scheiterte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) jedoch im August 1954. Ausgerechnet in Frankreich, das den Impuls zu dem Vorhaben gegeben hatte, überwog im Ratifizierungsverfahren der Widerstand in der Nationalversammlung. Neben innenpolitischen Unsicherheiten und Problemen lag die Last der Geschichte auf der Debatte: Für eine Mehrheit der französischen Abgeordneten wäre es wenige Jahre nach Kriegsende zu weit gegangen, Westdeutschland nicht nur als gleichberechtigten Partner im Rahmen der Montanunion zu akzeptieren, sondern darüber hinaus einem westdeutschen Wehrbeitrag zuzustimmen – trotz der geplanten europäischen Einbindung. Im Rückblick mögen die Befürchtungen überzogen erscheinen; aus der Perspektive der Zeit drängten sie sich geradezu auf.

Die Krise war umso gravierender, da das Scheitern des Verteidigungsprojekts ein anderes Vorhaben mit sich in den Abgrund zog. Auf Grundlage von Artikel 38 des EVG-Vertragsentwurfs planten die sechs beteiligten Staaten zusätzlich die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft als den Versuch, eine Art Verfassung für die sechs Mitgliedstaaten zu erschaffen. Darauf hatte vor allem die italienische Regierung unter Alcide De Gasperi gedrängt. Das neue Projekt sollte Kompetenzen für den Montansektor und den Bereich der Verteidigung, aber auch die Außenpolitik erhalten. Mit dem Aus für die EVG wurde dieses Projekt ebenfalls hinfällig. De Gasperi, den die Parlamentarische Versammlung der EGKS im Mai 1954 zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, verstarb unerwartet am 19. August – elf Tage, bevor sein Vorschlag Schiffbruch erlitt. Er hätte jedoch seinem Vorgänger im Amt, dem Belgier Paul-Henri Spaak, zweifelsohne zugestimmt, wenn dieser das Abstimmungsergebnis als «sehr schwere[n] Schlag für die Anhänger des vereinten Europas» bezeichnete.

Die Zeit der Klagen währte jedoch nur kurz. Trotz des Scheiterns der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft tat sich mittelfristig keine sicherheitspolitische Lücke in Westeuropa auf. Stattdessen einigte man sich rasch auf die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen der NATO. Dabei diente ausge-

rechnet die Westeuropäische Union als eine sicherheitspolitische Organisation aus der unmittelbaren Nachkriegszeit als Hilfskonstrukt – vom Schild gegen deutsche Aggression wurde sie nun zum Vehikel militärischer Westbindung. Für die Bundesregierung war die NATO-Mitgliedschaft insofern von Vorteil, da Westdeutschland so mehr Gleichberechtigung und Mitsprache im westlichen Bündnis erhielt, als ihm die EVG-Lösung eingeräumt hätte. So machte das «Non» der französischen Nationalversammlung paradoxerweise den Weg frei für den Aufbau eigenständiger westdeutscher Streitkräfte. Sicherheitspolitik als Form der Friedenssicherung blieb deswegen für die kommenden Jahrzehnte im Wesentlichen außerhalb des Aufgabenbereichs der Vorläufer der heutigen EU. Für solche Fragen zeichnete auf internationaler Ebene die NATO zuständig.

Zugleich wurde der NATO-Beitritt Westdeutschlands für Frankreich dadurch akzeptabler, dass es die Montanunion als deutsch-französisches Gegengewicht zur transatlantischen Ausrichtung gab. Die verschiedenen internationalen Organisationen verhielten sich wie kommunizierende Röhren zueinander: Während die NATO das Europa der Sechs von sicherheitspolitischen Aufgaben entlastete, stabilisierte Letzteres zugleich die NATO, indem es zu ihr Gegengewichte und Stützen schuf.

All diese Verhandlungen und Wandlungen fanden über die Köpfe der meisten Menschen hinweg statt. In der ersten Hälfte der 1950er Jahren mobilisierten in Westdeutschland die SPD, die Gewerkschaften, aber auch die evangelische Kirche und namhafte Intellektuelle gegen die Wiederbewaffnung. Die Regierung unter Konrad Adenauer ließ sich von der «Ohne-mich-Bewegung» jedoch wenig beeindrucken. EVG- bzw. NATO-Beitritt waren kontroverse Entscheidungen, bei denen sicherheitspolitische Erwägungen im Vordergrund standen. Europäische Integration war, sobald es ernst und konkret wurde, schon in jener Zeit keineswegs immer populär.

Die «Anhänger des vereinten Europas» suchten nach dem EVG-Debakel nicht nur in der Sicherheitsfrage nach einer Alternative, sondern fahndeten auch darüber hinaus nach neuen Konsenszonen für europäische Projekte. Im kurzen Zeitraum